

Die Abrechnung mit dem Kommunismus.

Eine Nachwertung des jahrelangen Weltkrieges, die Geringfügigkeit des Menschenlebens, hat eine Mordatmosphäre erzeugt. Französischer Söldner in den Schützengräben, wo die „Rekonquerr“ wehrlose deutsche Verwundete abschlachten, bereiteten darauf vor, und die zwei Millionen niedergeworfener Gegenrevolutionäre in Rußland — unlängst sind wieder 400 an der Zahl von den Bolschewisten „hingerichtet“ worden — vervollständigen das Bild mordtätiger Auflösung aller sittlichen Begriffe. Diese Umwandlung kommunistischer Maximen in blutige Praxis wird von allen anderen Staaten zwar verdammt, aber tatsächlich als innere russische Angelegenheit behandelt. Man ist froh, wenn der heilige Florian nur das Nachbarhaus in Flammen aufgehen läßt. Indessen züngeln sie, von Moskau angefaßt, auch nach Deutschland hinüber. Die jüngsten Enthüllungen des kommunistischen Treibens lassen erkennen, wie ernst es den Umstürzern mit der Durchführung ihrer Pläne ist und wieviel geheime Fäden von den bolschewistischen verfeindeten Massen in das Hauptquartier der Bewegung laufen.

Wir dürfen annehmen, daß die Behörde ihrer Herr wird, und wenn es nötig ist, wird keine Volksvertretung zögern, mit der Bewilligung besonderer, im Gesetz noch nicht vorgesehener Schutzmaßnahmen und dem Verbot der kommunistischen Partei den ihm zukommenden Inhalt geben. Wir stehen vor der Frage, ob eine Partei, die zur Verwirklichung ihrer Ziele vor dem terroristischen Mord nicht zurückschreckt, sondern ihn ihrem politischen Arsenal einverleibt, überhaupt noch als politisch gleichberechtigte Partei anzusehen ist. Falls es gelingt, den Zusammenhang der im Reichstag und in den Landtagen sitzenden Parteimitglieder mit den verbrecherischen Organisationen nachzuweisen, dann muß das Spiel mit der Immunität der Abgeordneten aufhören. Der Anfang damit ist in Berlin mit der Durchsichtung der kommunistischen Bureauräume gemacht worden, und selbst der sozialdemokratische Präsident des Preussischen Landtags hat die Aufhebung einer Immunität gutgeheißen, die lediglich zum Schutze des Verfahrens diente. Nach Sichtung des vorgefundenen Beweismaterials wird der Gerichtshof, der zum Schutze der Republik bestimmt ist, seinen Spruch zu fällen haben; da jedoch bis zu seiner Entscheidung längere Zeit verstreichen könnte, werden vorher die Faktoren der Volksvertretung nicht nur Zuschauer abzugeben haben.

Sie werden mit den in Frage kommenden kommunistischen Fraktionen eine Abrechnung in großem Stil zu halten haben. Die selbste bisher, hin und wieder, wenn die Kommunisten vor der Tagesordnung oder im Rahmen der Geschäftsordnung Auseinandersetzungen beliebiger Art anstellten, wurde ihnen zwar tüchtig heimgesucht, nur zu einer die Hauptsache nicht nur streifenden, sondern ihr auf den Grund gehenden Aussprache kam es nie. Sag etwa zu einer prinzipiellen Aufrollung des kommunistischen Problems kein Stoff vor? Daran war wahrlich kein Mangel, allein man überließ es der Tagespresse, den Kampf durchzuführen, und diese vermochte trotz aller Anstrengungen, in Anspruch genommen durch die außenpolitischen Vorgänge, nicht die Ueberfülle der ihr gestellten Aufgaben zu bewältigen. Der Raum reichte kaum zur Registrierung kommunistischer Standale aus: Versammlungsprengungen, Mißhandlungen bürgerlicher Elemente, Ueberfälle wurden gelegentlich durch Ermordungen abgelöst, und was die Polizeiberichte meldeten, bewies nur, wie schlimm es um die öffentliche Sicherheit bestellt war. Zuweilen, wie im Falle der russischen Handelsvertretung in Berlin, wurde die Hand russischer Drahtzieher sichtbar, und wir wurden darüber durchaus nicht in dem Maße mit Nachrichten über den Verlauf der Angelegenheit versehen, daß wir uns ein abschließendes Urteil hätten erlauben können. Wir wissen nicht einmal, ob diese Splonenzentrale wirklich ihren Sitz nach Paris verlegen wird, oder ob sie uns in anderer Form erhalten bleiben soll.

Gegenstände zur Verhandlung im Reichstag sind also genug vorhanden, und da er jetzt gewissermaßen persönlich an der Klärung der durch die Hausung geschaffenen Lage interessiert ist, dürfen wir hoffen, daß man mit einer Partei ins Gericht gehen wird, die mit einer geheimen Zentrale und einer Tschela für den Umsturz der Staatsordnung arbeitet. Sie hat sich, wie schwebende

Prozesse erkennen lassen, dafür mit allen Mitteln ins Zeug gelegt und damit ihre Existenzberechtigung verwirkt. Es ist an der Zeit, daß ihr mit ihrem eigenen Beweismaterial der Mund gestopft wird. Eine Partei, die an die Gewalt appelliert und, gestützt auf 82 Reichstagsmandate, dem Staat diese Verechtigung abspriecht, darf sich nicht wundern, wenn ihr mit Gewalt begegnet wird. Der kleine Zuschuß von gutgläubigen Ideologen in ihrer Mitte, der niemals zum Worte kommt, die Schaar unreifer Willkürer wird in alle Winde zerstreut, sobald Ernst gemacht und ihren Bedeutung wird, daß wer Wind sät, Sturm ernten muß. Es ist sehr zu bedauern, daß die kommunistische Partei vor der Reichstagsauflösung verboten worden, ein Schlag ins Wasser; das Ausschließen der Partei war die höhnische Antwort. Über der Erlaß des Verbots bezeugte, daß die Reichsregierung die Gefahr, die in dem Bestehen der Partei steckte, erkannt hatte. Ob sie jetzt, nachdem sie über Tatsachenmaterial verfügt, von der Theorie zur Praxis übergehen wird, liegt im Schoße einer nahen Zukunft. Sollte sie nach russischem Beispiel verfahren, so wäre die Ruhe eines Reichshofs die Folge. So spricht man jedoch in Deutschland mit misstrauenden Vorkäufen nicht um. Wir sind gefühlend und wissen zwischen Führern und Verführten zu unterscheiden. Das wird die Richtschnur für ein Handeln sein, auf das der Spruch paßt: „Zuletzt sind erscheinend wie Gewitter goldne Rücksichtlosigkeiten.“ Nur so löst sich der von den Kommunisten so heiß ersehnte Bürgerkrieg zum Heile des Gemeinwohls ohne Blutvergießen in Szene setzen. Den Kommunisten geschieht mit einem verben Zufassen kein Unrecht. Wer sich einer Tschela bedient, muß sich des Wortes erinnern, das der Franzose Alphonse Karr einmal den Gegnern der Todesstrafe entgegen schleuderte: „Die Herren Richter mögen anfangen!“ Er durfte missprechen, denn er selber war einmal von einer Ermordung bedroht worden. Und wieviele Deutsche sind es heute dank der kommunistischen Agitation nicht! M. G.

Ein amerikanischer Vorstoß zur Annullierung des Versailler Friedens.

Am 12. Mai d. J. hat der einzige sozialdemokratische Abgeordnete im amerikanischen Abgeordnetenhaus, Victor L. Berger, aus Milwaukee, eine Resolution eingebracht, deren Schicksal wir mit gespanntester Aufmerksamkeit zu verfolgen alle Ursache haben. Nicht nur wird darin die Forderung aufgestellt, einem Gerichtshof von neutralen Sachverständigen möge die Prüfung der Kriegsschuldfrage überwiesen werden, und damit der Antrag der sogenannten deutschen Volksbeauftragten vom 29. November 1918 erneut aufgenommen, sondern darüber hinaus heißt es in der Resolution:

„Präsident Coolidge möge bevollmächtigt und aufgefordert werden, eine Zusammenkunft der Vertreter der Signatarmächte des Versailler Vertrages nach Washington einzuberufen. Diese Konferenz soll den Friedensvertrag entsprechend den von Wilson aufgestellten 14 Punkten revidieren, die beim Abschluß des Waffenstillstandes von den Mittelmächten angenommen wurden.“

Auf Annahme hat dieser Antrag ja wohl vorerst kaum zu rechnen, obwohl nicht zu verkennen ist, daß Millionen von Amerikanern seit langem brennende Scham empfinden beim Gedanken daran, wie die feierliche Zulage des Staatssekretärs Lansing und der Entente am 5. November 1918, Deutschland werde im Falle der Waffenübereignung einen „Frieden der 14 Punkte“ erhalten, in Versailles eingehalten worden ist. Aber es fällt kein Baum auf den ersten Streich, und allzu große Hoffnungen dürfen wir daher an den Bergerischen Antrag nicht knüpfen. Schon allein die Erörterung der Resolution aber kann für uns sehr nützlich sein, indem sie die Erkenntnis ausbreitet wird, welcher beispiellose Betrug 1918-19 am deutschen Volke verübt worden ist.

Der Antrag ist gewissermaßen die praktische Konsequenz der sensationellen Senatsrede des Senators Owen von Oklahoma, der am 18. Dezember an Hand authentischer Dokumente nachwies, daß Deutschland keine Schuld am Kriegsausbruch hatte, daß vielmehr Rußland und Frankreich schon seit 1911 unablässig zum Kriege trieben. Und gleichzeitig ist die Bergerische Resolution auch ein Schlag gegen das Sachverständigen-Gutachten, in dem in ungenierter Weise, unter Ignorierung der Owen'schen Enthüllungen, die Legende von Deutschlands Schuld am

Kriege noch einmal wie eine Selbstverständlichkeit behandelt und erneut ausgesprochen wird.

Es steht seit langem fest, daß das bisherige amtliche Schweigen der deutschen Regierung zur Kriegsschuldfrage ein schweres und verhängnisvoller Fehler war. Es würde schlechterdings unverantwortlich sein, wenn unsere amtlichen Stellen nicht ihr Neugieriges täten, um noch vor der Erörterung der Bergerischen Resolution im Repräsentantenhaus durch einen energischen amtlichen Protest gegen die neue Kriegsschuldfrage des Sachverständigen-Gutachtens dem uns wohlgesümmten Ausland in die Hände zu arbeiten.

Lloyd George über die Londoner Konferenz.

In der „D. N. Z.“ schreibt Lloyd George über die Aussichten der Annahme des Dames-Berichtes auf der Londoner Konferenz:

„Der Bericht wird einen leichten Weg durch die Konferenz haben, wenn die Londoner Unterhändler sich einig sind, daß es notwendig ist, eine gefährliche Stimmung in Deutschland sowie in Frankreich zu verschüchtern. Aus diesem Grunde hätte ich es für richtig gehalten, daß die Allierten Deutschland eingeladen hätten, unter gleichen Bedingungen wie die übrigen Mächte am Verhandlungstisch Platz zu nehmen. Die psychologische Wirkung dieses Schrittes würde in Deutschland groß gewesen sein. Es würde die Aufgabe der klugen Männer, die in ihrer Arbeit für den Frieden viel Widerspruch erfahren, erleichtern, ihre Landsleute zu überreden, nicht auf die Stimme der Verzweiflung und Rache zu hören. Deutschland als eine Nation von Sklaven zu behandeln, indem man ihm die kritische Stellungnahme zu den erstellten Befehlen als Unverschämtheit auslegt, heißt, seinen gerechten und ehrenhaften Nationalstolz beleidigen.“

Soweit ich die Lage beurteilen kann, wird die Haltung Deutschlands durch zwei Erwägungen bestimmt werden. Einmal durch die Aussicht auf eine angemessene Anleihe, um die Währung wiederherzustellen, und zweitens durch die

Haltung Frankreichs und Belgiens in der Frage der Räumung der Ruhr.

Beim zweiten Punkt ergeben sich möglicherweise Schwierigkeiten. Die Entwürfe Herriots sind ganz und gar nicht zufriedenstellend. Es scheint, daß MacDonold für eine unerschütterliche Besetzung plädiert hat. Das ist eine der gewohnten Phrasen für die er eine gewisse Schwärzerei besitzt. Die Idee war für Herriot zu nebelhaft, als daß er sie annehmen oder zurückweisen konnte. Er ist ein Geschäftsmann. Deshalb antwortete er mit der Forderung, Frankreich und Belgien freie Hand zu lassen. Will er die Ruhrbesetzung nur als Aufschub für die Verhandlungen benutzen, dann mag noch alles gut gehen. Meint er aber seine Worte im Sinne Poincarés, dann gibt es ein Unglück.“

Inland und Ausland

Die Hebung der deutschen Kriegsschiffe in Scapa Flow. Nach Londoner Meldungen ist der erste Versuch zur Hebung der deutschen Kriegsschiffe in Scapa Flow gescheitert. Es sollte von der englischen Marinebehörde zunächst versucht werden, ein Torpedoboot zu heben, aber alle Kabel, die um das Schiff gelegt wurden, rissen, wenn das Schiff ein bis zwei Meter hoch gehoben worden war. Bis zum nächsten Versuch werden mindestens vierzehn Tage vergehen.

Die tschechische Deutschensache. Der Redakteur der Bu'er deutschen „Volksstimme“, Karl Weiß, wurde wegen Abdrucks eines Versammlungsberichtes, der mit den Worten: „Es lebe das kommende große Deutschland“ schloß, vom tschechischen Bezirksgericht zu hundert Tagen Kerkerstrafe verurteilt und sofort in Haft genommen.

Ein Lübecker Freihafen. Nach längeren Verhandlungen Übereinstimmung mit dem Reichsfinanzministerium und in Anknüpfung an ein der Stadt Lübeck im Jahre 1808 gewährtes Recht, ist die Schaffung eines Freihafens nunmehr grundsätzlich zugestanden worden.

Abberufung des Berliner polnischen Generalkonsuls. Warschauer Blättern zufolge wurde der bisherige polnische Generalkonsul in Berlin Rose auf eigenen Wunsch